

kenntnisse in den größeren Kontext der gesamten SBZ/DDR sowie in die sächsische und deutsche Zeitgeschichte. Erst dann lassen sich auch die von Behring und Schmeitzner aufgeworfenen Grundsatzfragen wirklich beantworten: Gab es in Sachsen besonders günstige Bedingungen und Voraussetzungen für eine Diktatur – sei sie nun nationalsozialistischer oder kommunistisch-sozialistischer Prägung? Bestand generell eine deutsche Prädisposition für die KPD-/SED-Herrschaft, aber auch für Diktaturen allgemein, und wie erklärte sie sich? Die Virulenz dieser Fragen ist unbestritten, sie belegt gleichzeitig die Relevanz einer kritischen, methodisch zeitgemäßen und multiperspektivischen Landesgeschichtsschreibung für die weitere Erforschung des gerade aus deutscher Perspektive so bedrückenden und verhängnisvollen „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm).

Dresden

Reiner Marcowitz

MARKUS WUSTMANN, Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951. Experimentierfeld kommunistischer Hochschulpolitik in der SBZ und frühen DDR (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe B, Bd. 4), Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2004. – 181 S. (ISBN: 3-374-02174-3, Preis: 24,00 €).

Durch den Befehl Nr. 333 der SMAD vom 2. 12. 1946 wurden an den Universitäten Rostock, Jena und Leipzig Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten zur „Ausbildung qualifizierter Kader für die Arbeit in staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Einrichtungen und Organisationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ gegründet. Markus Wustmann untersucht dieses bisher wenig bearbeitete Kapitel der Hochschulgeschichte nach 1945 an der Universität Leipzig im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten einer Magisterarbeit. Neben der Literatur wurde umfangreiches Archivmaterial benutzt, allerdings unterblieb wohl aus Zeitgründen die Befragung von ehemaligen Studenten. Der Darlegung des allgemeinen politischen und hochschulpolitischen Hintergrundes folgen Kapitel über die Geschichte der Fakultät bis zu ihrer Auflösung 1951, über deren Aufbau, den Lehrkörper, die Studentenschaft, Prüfungswesen und Graduierungen.

Dass die neue Fakultät dem „historischen Fortschritt“ im Sinne des Marxismus-Leninismus dienen und diesem an den Hochschulen zum Durchbruch verhelfen sollte, wurde schon mit den praktischen Maßnahmen zur Durchsetzung des Befehles deutlich. Deshalb waren die Möglichkeiten des Rektors und des akademischen Senats gegen diesen Vorstoß der Administration, traditionelle Gepflogenheiten der Universität zu wahren, gering.

Für das zunächst auf zwei Jahre festgelegte Studium wurden nach einer gründlichen Vorauswahl unter politischen Gesichtspunkten Kandidaten über 25 Jahre mit einer einjährigen beruflichen Praxis immatrikuliert. Nur 20 % dieser Studenten hatten ein Abitur. Ihr Altersdurchschnitt lag anfangs bei 29 Jahren. Sie erhielten ein Sonderstipendium in Höhe von 250,-M, im zweiten Jahr von 300,-M. Es ersetzte bei den meisten den bisher bezogenen Arbeitslohn. Als 1949 die Neugründung mit der aus der Handelshochschule hervorgegangenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät verschmolz, kamen mehr und mehr jüngere, „normale“ Studenten mit dem Abschluss der höheren Schule.

Die Hochschullehrer waren Praktiker oder „Außenseiter“, zwar mit akademischen Graden aber einer geringen Sozialisation im akademischen Milieu. Bei einem traditionellen Berufungsverfahren hätten sie keine Chance gehabt. Sie soziologisch als „Doppel-

staatsbürger“ (fachliche Eignung und politische Zuverlässigkeit)¹ zu bezeichnen besitzt eher akademischen Wert. Interessanter ist die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Berufenen in ihrer neuen Tätigkeit und damit die Probe, ob qualifizierte Professoren auch auf einem anderen Weg gewonnen werden konnten, als dies an deutschen Universitäten bisher üblich war. Einige Mitglieder des Lehrkörpers in Leipzig nutzten die Chance und gewannen mit der Zeit in ihrem Fach Ansehen, auch über die Grenzen der SBZ/DDR hinaus. Andere bestätigten ihre vorrangige Eignung für einen politischen Auftrag im universitären Bereich.

Auch zu den Studenten der ersten Jahrgänge sollten die Akzente etwas anders gesetzt werden, als dies in der Arbeit geschieht. Ausgewählt wurden keineswegs alle Arbeiterkinder oder Arbeiter, die sich beworben hatten. Darüber hätten die Protokolle der Eignungsgespräche Auskunft geben können. Ein hoher Prozentsatz war Mitglied der KPD/SED, doch eine Anzahl gehörte vor 1945 „Spalterparteien“ (wie der KPO, SAP) an, was spätestens bei den Parteiüberprüfungen zu Konflikten führte. Der rüde Ton der dabei geführten Auseinandersetzungen nahm vorweg, was einige Jahre später über andere Studenten hereinbrechen sollte, etwa bei den Anstrengungen, Mitglieder der Jungen Gemeinde aus der Universität zu verdrängen. Andererseits herrschten Aufbruchsstimmung, Optimismus, kaum jedoch „ein Kameradschaftsverhältnis wie unter verwegenen Burschen“ (nach einem kritiklos wiedergegebenen Diktum von W. Markov), das sich ja vor allem bewähren musste, wenn der Kamerad in Schwierigkeiten geriet.

Die Arbeit ist insgesamt solide, baut auf einer guten Quellenkenntnis auf. Aus den Akten lässt sich allerdings die spezifische innere Situation an diesen Fakultäten nur sehr eingeschränkt wiedergeben.

Leipzig

Siegfried Hoyer

Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945–2001. Ein biographisches Lexikon, hrsg. von ERWIN GATZ, unter Mitwirkung von Franz Xaver Bischof/Clemens Brodkorb/Anton Landersdorfer/Josef Pilvousek/Rudolf Zinnhobler, Duncker & Humblot, Berlin 2002. – III, 589 S. (ISBN: 3428054474, Preis: 84,00 €).

Der vorliegende fünfte Band bildet den Abschluss des von ERWIN GATZ herausgegebenen Lexikonwerks zu den katholischen Bischöfen der deutschsprachigen Länder seit 1198. Der ursprüngliche Bezugsrahmen – das Heilige Römische Reich – konnte dabei nur ungefähr in den Bänden, die den Zeitraum seit 1803 behandeln, abgedeckt werden, in dem man anstelle der politischen Grenzen auf Sprachgrenzen als Kriterium umschwenkte. Wenn dies auch speziell für das 20. Jahrhundert mit Blick auf Flucht und Vertreibung deutschsprachiger Volksgruppen Fragen offen lässt, so wird dadurch doch eine weitgehende Kontinuität in der Betrachtung erreicht. Streng genommen ist der letzte Band mit bischöflichen Würdenträgern kein rein historisches Lexikon, da rund die Hälfte der aufgenommenen Personen bei Redaktionsschluss Ende 2001 noch am Leben war. Methodisch liegt also eine Kombination zwischen historischem Lexikon und Vademecum vor.

Sehr sinnvoll ist die Ausweitung des besprochenen Personenkreises: bei insgesamt 546 Einträgen werden neben den Diözesanbischöfen auch Weihbischöfe, Militärbischöfe und Generalvikare berücksichtigt, dazu die Sekretäre der Bischofskonferenzen und die

¹ RALPH JESSEN, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999, S. 316 ff.